

**Grußwort an den
Landes-Delegiertentag
der Frauen Union
am 20. Juli 2013 in Hechingen**

es gilt das gesprochene Wort

- Sehr geehrte Frau Vorsitzende des Tagungspräsidiums, Frau Maria Bösch, liebe Maria,
- Sehr geehrte, liebe Frau Landesvorsitzende der FU, Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB,
- Herr Landesvorsitzender der CDU Baden-Württemberg, Thomas Strobl MdB,
- Herr Bezirksvorsitzender Thomas Bareiß MdB,
- Liebe Delegierte, Gäste, Freundinnen und Freunde;

Als allererstes möchte ich **Danke sagen**, Danke, für das, was die Frauen Union in den vergangenen Jahren geleistet hat. Danke für Ihren Kampf für eine geschlechtergerechte Entlohnung, für mehr **Gleichberechtigung** in Führungspositionen börsennotierter Unternehmen, für die

Mütterrente für Frauen, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, aber allen voran für Ihr Engagement und Ihre Errungenschaften für die Familien in unserem Land.

Es waren die Frauen in der Union, die sich jahrelang für die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** und damit für eine zukunftsfähige Familienpolitik stark gemacht haben! Das Thema einer solchen nachhaltigen Familienpolitik begleitete die FU seit ihrer Gründung im Jahre 1948 und ohne die Frauen in der Union wäre das Thema Familie schon früh an andere Parteien verloren gegangen.

Und deswegen: Der Erfolg der Frauen in der CDU darf eben nicht vom **Wohlwollen der Männer** in unserer Partei abhängen.

Die FU ist **mehr als** ein bloßer Flügel der CDU und auch **mehr als** das soziale Gewissen der Partei. Mit mehr als 150.000 Mitgliedern ist die Frauen Union **die stärkste**

Vereinigung innerhalb der CDU. Wir, die Frauen in der Union, stehen für das Gesamte, für das Christlich-soziale, für das Liberale und für die konservativen Werte.

Uns kümmert **nicht allein das Wohl von Frauen**. Uns geht es um gesellschaftliche Querschnittsthemen der Familien-, Sozial- und Gesundheitspolitik, der Menschenrechts, Außen- und Verteidigungspolitik, oder der Umwelt- und Wirtschaftspolitik sowie der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Themen der FU gehören **in alle Politikfelder** hinein, so unzertrennlich wie die FU zur CDU; ein unersetzlicher Stützpfeiler.

In den Bezirken sind mittlerweile bis zu 50% der Delegierten Frauen. Dies beweist die rege Beteiligung von Frauen, bpsw. in der Kommunalpolitik. Nur bei Führungspositionen hapert es weiterhin. Und dies trotz des netten Bekenntnisses der Unionsführung "Frauen im Fokus". Ich denke, es ist auch im Interesse der Männer, dass sich weiterhin viele und auch starke

Frauen in der CDU engagieren. Aber das heißt ganz klar auch **Teilhabe**, wenn es um **Führungspositionen** geht. Und zwar nicht, weil Frauen das wollen - nein, weil es im Sinn unserer Demokratie ist!

Das **Thema des heutigen Landesdelegiertentages**

"Ehegatten- oder Familiensplitting? Was wir brauchen - was uns schadet" zeigt, wie aktuell die von der FU behandelten Themen sind, und hier insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einerseits sowie andererseits die Akzeptanz der Familienarbeit. Und hier darf man gerade **Steuerfragen** nicht außer Acht lassen. Im Laufe der Jahrzehnte haben sich die finanziellen Voraussetzungen für Familien stark gewandelt.

Während früher in der Regel **der Mann** seine ganze Familie quasi aus einer Kasse ernähren konnte, ist dies heute um ein Vielfaches schwieriger geworden. Ein Verdiener in der Familie reicht oft nicht mehr aus. Dies verlangt, heute mehr denn je, dass nun **auch der Ehepartner** oder die Ehepartnerin einer Beschäftigung nachgeht, um die Haushaltskasse zu füllen.

Darüber hinaus sind - Gott sei Dank - für Frauen heute die gleichen Bildungsabschlüsse möglich, wie für Männer. Folglich ist der **Wunsch** nach entsprechender Berufstätigkeit, den entsprechenden Aufstiegschancen, persönlicher und finanzieller Unabhängigkeit **konsequent und richtig**. Nur leider gelten oftmals noch immer nicht die gleichen Spielregeln, weder in Sachen Bezahlung noch hinsichtlich Aufstiegschancen. Dies vor allem dann, wenn gleichzeitig **Kinder** zu betreuen sind.

Das erklärte Ziel der Frauen Union ist es, Frauen berufliche und damit finanzielle **Unabhängigkeit** zu garantieren, **ohne** dass sie als so genannte "Karrierefrauen" **kinderlos bleiben**. Beides muss vereinbar sein, und anders als es andere Parteien fordern, ohne staatliche Bevormundung oder Umverteilung.

Stattdessen müssen uns wir weiter unermüdlich für die Verbesserung der beruflichen und familiären

Rahmenbedingungen erwerbstätiger Frauen einsetzen und alle müssen die Realitäten der Ungerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern anerkennen. Im Umkehrschluss heißt das, dass es **für Männer** selbstverständlich werden muss, in gleichem Maße wie die Frauen **Elternzeit** nehmen zu können - und zu nehmen!

Rückenwind kommt aus Europa. EU-Justizkommissarin **Viviane Reding** legte am 14. November 2012 Parlament und Rat ihren Gesetzesvorschlag zur Einführung einer Regelung zur **ausgewogeneren Vertretung** von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren/ Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften und öffentlicher Unternehmen vor. Bis 2020 sollen so **40%** dieser Führungspositionen mit Frauen besetzt sein.

Am Dienstag der vergangenen Ausschusswoche (10. Juli) nun legten die beiden Berichterstatterinnen des Parlaments, die Griechin Frau Rodi **Kratsa-Tsagaropoulou** aus meiner

EVP-Fraktion sowie die Österreicherin **Evelyn Regner** von den Sozialdemokraten (S&D) eine Stellungnahme vor, wonach wir den **Mittelstand** als "Rückgrat der Industrie in Europa" in unsere Forderungen, und damit in den Gesetzestext, mitaufnehmen wollen.¹

Ich bin fest davon überzeugt, dass Frauen es in absehbarer Zeit in größerer Zahl in Führungspositionen von Politik und Wirtschaft schaffen werden. Und auch, dass sie eine entsprechende Entlohnung erhalten werden, wenn sie sich nur genügend einbringen. Entsprechend dieser Überzeugung war ich **jahrelang gegen eine verbindliche gesetzliche Regelung** zur Erhöhung des Frauenanteils in leitenden Positionen sowie auch in der Politik. Natürlich könnte man solche politischen Vorgaben auch als Wettbewerbsverzerrung bezeichnen. Aber sind es nicht "**Männerclubs**", wie

¹ Name des Berichts: *Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften und über damit zusammenhängende Maßnahmen*

Verbindungen und andere Seilschaften, die in gleicher Weise zur Wettbewerbsverzerrung beitragen? Deshalb unterstütze ich mittlerweile **eine zeitlich befristete Regelung** für börsennotierte Unternehmen sowie für die Politik. Dennoch sollten wir bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) die bürokratischen Hürden niedrig halten. Hier darf man nicht überziehen!

Parallel dazu werde ich mich **auch weiterhin für freiwillige Regelungen** in Unternehmen einsetzen und wünsche mir dort verbindliche unternehmensinterne Zeitpläne und Maßstäbe sowie eigenverantwortliche Kontrollen. Die Stellenvergabe sollte transparent und zwischen Frauen und Männern ausgewogen sein. Denn **Vielfalt** steht eben auch für wirtschaftlichen Erfolg. Und wie sagte es bereits Helene Weber am 2.12.1949 im Bundestag: "**Der reine Männerstaat ist das Verderben der Völker**". Zeigen wir bei allen anstehenden Wahlen, insbesondere den Kommunalwahlen: Wir sind stark! Wir sind mutig! Mit uns kann man Staat machen!

In diesem Sinne wünsche ich uns eine interessante Diskussion.
Die Zukunft liegt vor uns! Packen wir sie an! Ihnen allen für den
heutigen Tag und darüber hinaus alles Gute, allen Erfolg.
Herzlichen Dank!

Ihre Elisabeth Jeggle
Mitglied des Europäischen Parlaments